

Vierteljahreshefte für Politik und Kultur

*liberal*

Klaus Baron von der Ropp  
Südafrika – Chancen einer  
friedlichen Konfliktlösung?

Helmut Weddig  
Grundsicherungsmodelle in der  
Altersvorsorge

#### **Gleichberechtigung**

Viola Roggenkamp, Renate Augstein,  
Waltraud Schoppe,  
Herta Däubler-Gmelin,  
Rita Süßmuth, Carola von Braun

Hildegard Hamm-Brücher  
Politische Tugenden in einer (noch)  
nicht gefestigten Demokratie

Lutz Sartor  
Die FDP und das Konzept  
der »nationalen Sammlung«

Herausgeber: Ralf Dahrendorf

# SÜDAFRIKA – CHANCEN EINER FRIEDLICHEN KONFLIKTLÖSUNG?

Es ist kaum zwei Jahre her, daß die in Krisenzeiten stets große Zahl selbsternannter Experten für die Entwicklungen im südlichen Afrika nicht mehr über das Ob, sondern nur noch über das Wann eines revolutionären Umsturzes in Pretoria/Kapstadt diskutierte. Der Protest des revolutionären schwarzen Südafrika erschien zu machtvoll, die Vorbehalte der führenden westlichen Regierungen gegenüber dem weißen Minderheitsregime zu groß und, erstmals, das Vertrauen der Wirtschaft in dessen Reformfähigkeit zu gering, als daß sie für die Herrschaft der nur etwa fünf Millionen weißen Afrikaner (das sind etwa 15 v. H. der Gesamtbevölkerung) eine Perspektive hätten erkennen können. Einmal mehr stellten damit nicht nur »instant experts« ihre Unkenntnis von Geschichte und Mentalität der weißen Südafrikaner, und hier insbesondere des Afrikanerdoms und dessen alttestamentarischer Härte, unter Beweis.

Der Sturz des Afrikanerdoms wird auch 1987 noch sehr lange auf sich warten lassen. Eher zeichnet sich heute eine Entwicklung ab, die Südafrika, ähnlich dem Libanon im zurückliegenden Jahrzehnt, in Anarchie versinken lassen wird. Ihre schwarzafrikanischen Nachbarn werden der Republik Südafrika hier allerdings vorangehen<sup>1</sup>.

## Macht und Ohnmacht der schwarzen Revolutionäre

Das schwarze Südafrika hat immer wieder gegen die ihm von den Weißen oktroyierte, in vielen Elementen in Jahrhunderten gewachsene Apartheid aufbegehrt. Bereits 1960 (»Sharpeville«) und wiederum 1976/77 (»So-

weto«) wurde es von Unruhen erschüttert, die niederzuschlagen den Behörden zunehmend schwerfiel. Die im Spätsommer 1984 ausgebrochene Rebellion hat jedoch in vielem eine neue Dimension: erstmals setzen die Machthaber Einheiten ihrer Streitkräfte (South African Defense Forces/SADF) in vielen der schwarzen Vorstädte bei dem Versuch ein, der Aufstände Herr zu werden. Die Bekämpfung des African National Congress (ANC) und seiner etwa 10 000 Mann starken Guerillaarmee Umkhonto we Sizwe (»MK«) hat Pretoria außer in einen Bürgerkrieg in Kleinkriege mit Mozambique, Lesotho, Zimbabwe, Zambia, Swaziland und Botswana verstrickt. Sie alle sympathisieren mit den Zielen des ANC und unterstützen im Rahmen des Möglichen auch dessen bewaffneten Kampf. Ferner führt Südafrika seit 1966 in Namibia und, seit 1975/76, auch in Angola gegen die so gefolgschaftsstarke SWAPO und deren People's Liberation Army of Namibia (PLAN) einen Kolonialkrieg um die Zukunft der ehemaligen deutschen Kolonie Südwestafrika.

Nach dem Scheitern vielfältiger, teils sachkundiger und daher erfolgversprechender westlicher und auch afrikanischer Vermittlungsbemühungen<sup>2</sup> haben wohl alle wichtigen westlichen Wirtschaftspartner in jüngerer Zeit harte oder weniger harte Wirtschaftssanktionen gegen Pretoria verhängt. Dem mag schon in absehbarer Zeit die Herabstufung oder gar der Abbruch der politischen Beziehungen westlicher Staaten zu Südafrika folgen. Australien, Kanada und Schweden, eine von einem demokratischen Präsidenten geführte US-Administration sowie aus dem Kreis der EG-Staaten Dänemark, die Niederlande, Irland und das im übrigen Afrika sehr stark engagierte Frankreich könnten sich zu einem solchen Schritt entschließen. Sie mögen damit innenpolitischem und schwarzafrikanischem Druck nachgeben, einen Beitrag zur Lösung

1 Zu dem Vorstehenden s. *liberal* 4/1977, S. 268–280; 7–8/1979, S. 614–622; 12/1980, S. 940–948; 9/1981, S. 684–695; 11/1982, S. 845–856 und 11/1983, S. 855–867.

Klaus Freiherr von der Ropp, Jahrgang 1938, Dr. phil., Repräsentant der Stiftung Wissenschaft und Politik in Bonn.

2 S. die in FN 1) genannten Beiträge.

der Konflikte Südafrikas werden sie so aber nicht leisten. Südafrika bedarf nämlich keiner Kontakte zum Westen mehr, um seine Kriege zu führen. Je weniger Rücksicht Pretoria auf Beziehungen zum Westen nehmen muß, um so härter wird es gegen seine Feinde im Inneren und in den Nachbarstaaten vorgehen. So machte der Abbruch der politischen Beziehungen durch den Westen nur Sinn, wenn dieser auch bereit wäre, Pretoria den Krieg zu erklären. Das wird mit zunehmender Offenheit bei der Organisation für Afrikanische Einheit (OAE)/Addis Abeba von afrikanischen Frontstaaten und aus Kreisen des schwarz-südafrikanischen Widerstandes gefordert. Noch erscheint undenkbar, daß westliche Staaten dem stattgeben werden.

Hinter den Ausschreitungen in vielen der schwarzen Gettos im östlichen und westlichen Kap, im Witwatersrand und in der Umgebung von Durban, hinter den Unterrichts-, Mietzahlungs- und Konsumentenboykotts sowie den allerdings nicht sehr zahlreichen politischen Streiks steht in den meisten Fällen die United Democratic Front (UDF). Es handelt sich hier um einen 1983 gegründeten Dachverband von heute ca. 700 Organisationen ganz unterschiedlicher sozialer Zielrichtung. Sie eint das Bekenntnis zur Ersetzung von Apartheid durch die Schaffung einer auf dem Prinzip »ein-Mensch-eine Stimme – in einem Staat« beruhenden »nicht-rassischen, demokratischen und sozialistischen« Ordnung. Ihr Ziel ist mithin Herrschaftsumkehr. Sehr viele der in der UDF zusammengefaßten Organisationen sympathisieren mit dem Kampf des in Südafrika seit den frühen 60er Jahren verbotenen ANC. Es ist jedoch nur revolutionäre Propaganda, wenn der ANC behauptet, den Kampf der UDF-Gruppen zu kontrollieren. Es ist aber für viele der Aufbegehrenden das Symbol eines freien Südafrika schlechthin.

Der UDF ist es auch gelungen, Unruhe und Gewalttätigkeit in etliche der schwarzen Reservate (»Bantustans«, »Heimatländer« oder »Schwarze Nationalstaaten« genannt) zu tragen, seien diese nun wie Transkei, Ciskei und Bophutatswana »unabhängig« oder wie Lebowa und Kwandebele bislang nur »selbstregierend«. Bislang hat der revolutionäre Aufbruch noch nicht auf weiße Wohnviertel und

Stadtzentren übergegriffen. An dem Tag, da die UDF (und MK) hier Erfolg haben werden, werden nicht nur die Anhänger der regierenden (weißen) Nasionale Party van Suid-Afrika (NP) und noch rabiatere Parteien ein Blutbad unter den schwarzen Südafrikanern anrichten. Es ist bemerkenswert, wie gerade auch von den schärfsten Südafrika-Kritikern die schlichte Ruchlosigkeit unterschätzt wird, mit der sich afrikaans- wie englisch- und portugiesischsprachige Südafrikaner in ihrer Existenzangst zur Wehr setzen werden. Schon in den zurückliegenden Jahren ist es MK allerdings gelungen, durch Anschläge auf Farmen, vor allem solchen im grenznahen Raum, und auch hier und da in städtischen Zentren Unruhe unter der weißen Bevölkerung auszulösen.

Außerhalb Südafrikas ist nur wenig über die revolutionären Aktivitäten der den Ideen des Black Consciousness besonders verbundenen Gruppen bekannt geworden, die sich 1983 zu dem Dachverband des National Forums zusammengeschlossen haben. Besonders wichtig ist hier die Rolle der Azanian People's Organisation (Azapo). Sie alle stehen dem in Südafrika seit Anfang der 60er Jahre verbotenen Pan Africanist Congress (PAC) of Azania nahe. Ihnen sind die Vorstellungen von ANC und UDF von einem künftigen Azania (Südafrika) nicht radikal genug. Insbesondere nehmen sie Anstoß an dem starken Einfluß radikaler weißer und indienstämmiger Südafrikaner, darunter nicht weniger Kommunisten, in den Führungsgremien des ANC. Azania ist ihnen nur als ein ausschließlich schwarzafrikanischer, sozialistischer Einparteiensstaat vorstellbar.

Wo immer die häufig noch sehr jungen, kaum dem Kindesalter entwachsenen Revolutionäre ideologisch beheimatet sein mögen, so ist ihr erstes Ziel doch, möglichst viele der schwarzen Gettos »unregierbar« zu machen und dort revolutionäre Verwaltungen (Schulwesen, Polizei und so weiter) aufzubauen. Binnen kurzer Zeit konnten sie hier vor allem im östlichen Kap wie auf dem Ostrand (um Benoni) seit September 1984 erstaunliche Teilerfolge erzielen. Denn unter dem Druck der Straße legten viele der zuvor von oft sehr kleinen Minderheiten gewählten Stadträte sowie

Polizisten, Beamte der Gemeindeverwaltungen, »Informanten« (Agenten) Pretorias und sonstige Kollaborateure ihre Ämter nieder. Wer von ihnen das nicht tat und auch nicht im »weißen« Südafrika mitsamt seiner Familie Zuflucht fand, der lief Gefahr, Opfer des »necklacing« zu werden: an Händen und Füßen gefesselt wurde ihm ein in Benzin getränkter Autoreifen übergestülpt und in Brand gesteckt. Es soll zu etwa 500 derartiger »Hinrichtungen« gekommen sein. Winnie Mandela (»Mutter der Nation«), die Ehefrau des seit 1962 inhaftierten ANC-Führers Nelson Mandela, sprach nicht nur für sich, als sie äußerte »Together, hand in hand, with our box of matches and our necklaces, we shall liberate this country«.<sup>3</sup> Wer sie deswegen verurteilt, der möge auch bedenken, daß sie vor dem Hintergrund der großen Opfer sprach, die das Wüten von Polizei und Militär in schwarzen Gettos unter den dortigen Zivilisten gefordert hatte.

Es war dann häufig eine Mischung aus revolutionärer Überzeugung und revolutionärem Zwang, der Kinder über viele Monate den Schulunterricht versäumen (»liberation first, education later«), Mieter ihre Zahlungen an die verhassten Stadtverwaltungen einstellen und Einwohner der Gettos bestimmte Geschäfte boykottieren ließ. Wer den entsprechenden Befehlen nicht gehorchte, der lief Gefahr, vor ein »Volksgericht« gestellt und zu einer oft drakonischen Strafe verurteilt zu werden. Andere Vergehen wurden von »Volksrichtern«, die oft noch Kinder waren, im Wege der »instant justice« geahndet. So wurden viele Menschen gezwungen, große Mengen von Nahrungsmitteln, die sie, aus Kostengründen, in einem zu boykottierenden Kaufhaus erstanden hatten, auf der Stelle zu verzehren. Auch dabei kamen Menschen zu Tode. Mietern, die, um einer Ausweisung durch die Behörden zu entgehen, die ausstehenden Mietzahlungen »illegal« an die Lokalverwaltungen entrichteten, liefen Gefahr, daß ihnen die Revolutionäre das Dach über dem Kopf ansteckten.

In allen schwarzen Reservaten und in sehr vielen Gettos gibt es seit eh und je hohe Ar-

beitslosigkeit. Sie reicht in Vorstädten des östlichen Kaps über 50 v. H. hinaus. Die Zahl der Arbeitslosen wird weiter ansteigen. Denn westliche Sanktionen und Disinvestment, hier insbesondere die Verweigerung neuer Kredite durch ausländische Banken, werden den wirtschaftlichen und politischen Niedergang Südafrikas beschleunigen. Es wird in nicht allzu ferner Zukunft in Erfüllung gehen, was der bedeutende Arzt und Bürgerrechtler Ntatho Motlana vor Jahren forderte: »Alles muß zerstört werden«<sup>4</sup> (um ein neues, freies Azania aufzubauen). Bis dahin wird die von den Revolutionären erzwungene und von Pretoria wahrscheinlich sogar begrüßte Abstinenz der Polizei die Begehung auch schwerster Verbrechen begünstigen. Denn diese werden ja kaum noch geahndet.

Auch die Kämpfe die UDF- und Azapo-Gruppen in vielen Gettos um die Macht ebendort und um die Vorherrschaft in einem künftigen Azania gegeneinander austrugen, vertieften die Zustände der Anarchie. Wo ihr dies nützlich erschien, förderte Pretoria das Vorgehen einer revolutionären Gruppe gegen eine andere. Die weißen Afrikaner können nur davon profitieren, daß die Gewalt der Aufständischen diffuser Natur ist. Oft bedurfte es aber nicht der Einwirkung durch Pretoria. Denn auch so bedrohten ideologisch verfeindete Gruppen einander mit Parolen wie: »If we see you in school, tell us what size of tyre you wear . . .«<sup>5</sup>. Auch hier kam es zu Fällen von necklacing. In und um Durban rangen besonders im August 1985 UDF-Sympathisanten und Mitglieder der Inkatha-Bewegung des immer noch sehr mächtigen Zulu-Führers Mangosothu G. Buthelezi um die Vorherrschaft in den dortigen schwarzen Vorstädten. Manches erinnerte auch hier an Bürgerkrieg!

Mit der abermaligen, diesmal landesweiten Verhängung von Notstandsrecht verschaffte sich die Regierung im Juni 1986 die juristische Handhabe, um Polizei und Streitkräfte noch härter durchgreifen zu lassen, als dies ohnehin bereits geschah. Für besondere Empörung sorgte, daß die Angehörigen der Sicherheits-

4 In: *Der Spiegel* 40/1980, S. 169–173.

5 Nach *Weekly Mail* (Johannesburg) vom 12./18. Dezember 1986, S. 11.

3 Nach *Africa Research Bulletin* (Political Series) vom 15. Mai 1986, S. 8055.

kräfte für den Fall von jedweder zivil- und strafrechtlichen Verantwortung freigestellt wurden, weil sie bei ihrem Einsatz gegen die Revolutionäre im »guten Glauben« an die Notwendigkeit der ergriffenen Maßnahmen gehandelt hätten. Die im weiteren Verlauf des Jahres 1986 noch verschärfte Zensur bei der Berichterstattung aus den Unruhegebieten sorgte dafür, daß südafrikanische und auch ausländische Medien über das Vorgehen der »Ordnungskräfte« nicht mehr berichten durften und dies auch nicht mehr taten. Es sollte jedoch kein Zweifel darüber bestehen, daß hier unbeschreibliches Unrecht geschah.

Noch wichtiger war für die Zurückdrängung der Rebellion vielleicht, daß es Pretoria gelang, aus dem Kreis der Arbeitslosen, Kollaborateure, »umgedrehter« UDF-Anhänger und nicht zuletzt der Opfer der revolutionären Gewalt sogenannte Vigilante Gruppen zu rekrutieren. Sie wurden witdoeke genannt. Für den Kampf gegen die Revolutionäre von UDF und Azapo (»comrades«) wurden sie unter anderem mit Schußwaffen ausgerüstet. Es hat den Anschein, als seien die Methoden der witdoeke oft noch rabiater und brutaler als die ihrer Gegner gewesen. Bekannt wurden die Kämpfe vom Sommer 1986 in Crossroads, einem riesigen Getto unweit des Kapstädter Flughafens. Das Gros der dort lebenden schwarzen Südafrikaner war illegal aus der Transkei oder Ciskei nach dort gekommen. So war die Regierung seit langem bemüht, die Zahl der Bewohner Crossroads drastisch zu vermindern. Das gelang aber erst, nachdem bei den Kämpfen zwischen witdoeke und comrades große Teile Crossroads abgebrannt oder anderweitig zerstört worden waren. Der später wieder aufgebaute Teil der Siedlung entspricht auch von der (kleinen) Zahl seiner Bewohner her den Vorstellungen Pretorias von einer »orderly urbanisation«<sup>6</sup>.

Aus dem Kreis der witdoeke wurden in der Folgezeit viele jener Hilfspolizisten (»kitskonstabels«, »blackjacks«) rekrutiert, die dann 1986/87 in die Gettos zurückkehrten. Die Rückkehr der zuvor vertriebenen Staatsgewalt wurde dadurch erleichtert, daß es UDF bzw.

Azapo offenbar nicht gelungen war, dauerhafte revolutionäre Verwaltungsstrukturen zu schaffen. Hinzu kam, daß insbesondere nach Juni 1986 Tausende und Abertausende von schwarzen Wortführern, darunter viele Kinder, aus Schulen, Kirche und Gewerkschaft inhaftiert worden waren. In jüngerer Zeit waren davon vor allem Funktionäre des größten Gewerkschaftsverbandes, Cosatu (Congress of South African Trade Unions), betroffen.

Nach allem, was bekannt wurde, ist es der Regierung bislang nicht gelungen, in den Gettos den status quo ante wiederherzustellen. Stabilisierend wirkt sich aber die Schaffung des »National Security Management System« mit seinen mehr als 500 regionalen und lokalen Komitees aus<sup>7</sup>. Es dient vor allem der Informationsbeschaffung und untersteht direkt dem von P. W. Botha präsierten »State Security Council«, von dem der Amerikaner Kenneth Grundy einmal sagte, es handle sich hier um das Politbüro der Regierungspartei<sup>8</sup>.

Trotz aller »Erfolge« der südafrikanischen Regierung stellt sich natürlich die Frage nach deren Dauerhaftigkeit. Auch konservative Politiker des Westens und Wirtschaftsführer erkennen zunehmend, daß Südafrika auch im Politischen des fundamentalen Wandels bedarf. Nur so ist zu erklären, daß der im britischen Exil lebende ANC-Vorsitzende Oliver Tambo 1986/87 unter anderem von dem westdeutschen, dem britischen und dem amerikanischen Außenminister empfangen wurde. Auch haben seit September 1985 eine ganze Reihe ausländischer und südafrikanischer Wirtschaftsführer erfolgreich das Gespräch mit dem ANC gesucht. In Lusaka und in New York diskutierten einflußreiche weiße Afrikaner, die jederzeit Zugang zu wichtigen Kabinettsmitgliedern haben, mit dem ANC. Es hat den Anschein, als seien die meisten dieser Gespräche, darunter gewiß das mit George Shultz, durch den Umstand belastet worden,

6 Dazu Moira Levy »In two days flat...« in *Weekly Mail* vom 19. Dezember/8. Januar 1987, S. 13.

7 Dazu Allister Sparks »South Africa's Security Network Tightens/Critics Say Secret Committees Form Shadow Administration« in *The Washington Post* vom 26. Dezember 1986, S. A 1, 33 und 34.

8 »The Rise of the South African Security Establishment/An Essay on the Changing Locus of State Powers«, hrsg. durch das SA Institute of International Affairs, Braamfontein/SA, 1983.

daß kein Außenstehender den Einfluß der moskauhörigen Südafrikanischen Kommunistischen Partei auf den ANC wirklich kennt. Diese Frage stellt sich um so dringlicher, als langfristig kein Weg an der Herrschaft des ANC in Pretoria vorbeiführen wird. Vieles spricht dafür, daß der ANC nicht fähig sein wird, Südafrika den Frieden zu bringen, geschweige denn jene nicht-rassische liberale Demokratie zu schaffen, von der seine Propagandisten im Ausland gerne sprechen?

### Elemente des Umdenkens und solche der Beherrschung im weißen Südafrika

Als Pieter Willem Botha im Herbst 1978 Johannes Balthazar Vorster – Henry Kissinger hatte den letzteren Mitte 1976 im Gespräch mit Helmut Schmidt eine Gestalt aus dem Alten Testament genannt – im Amt des südafrikanischen Regierungschefs ablöste, begann am Kap der Guten Hoffnung eine Ära sehr wichtiger Reformen im Sozialen und im Wirtschaftlichen. Botha ging hier sicher weiter, als es seiner durch und durch konservativen Natur entsprach. So sind seither viele Elemente der Diskriminierung der Schwarzen (und Braunen) im Alltag (»kleine« Apartheid), die zugunsten der Weißen gesetzlich verankerte »job reservation«, wichtige Aspekte der den Schwarzen besonders verhaßten Paßgesetze (»influx control«), die Verbote ehelicher und außerehelicher sexueller Kontakte über die Rassenschranken hinweg und sehr viele weitere Aspekte der bisherigen Gesellschaftsordnung beseitigt worden. Noch bedeutender sind sicher die tiefgreifenden Reformen im Gewerkschaftswesen. Hier sind in den letzten knapp zehn Jahren mächtige Interessengruppen der Schwarzen entstanden, die auch bei der politischen Neugestaltung der Republik Südafrika mitbestimmen werden. Ihre Schwäche liegt derzeit vor allem darin, daß sie entlang den Trennungslinien der wichtigen Parteien, also entlang der Linie ANC/UDF, Inkatha und PAC/NF (Azapo) gespalten und miteinander verfeindet sind.

9 S. dazu den hektographierten Text des Vortrages, den Oliver Tambo Anfang April 1986 unter dem Titel »Economic and Political Perspectives of the A.N.C. for a Liberated South Africa« bei der Friedrich Ebert Stiftung/Bonn hielt. S. ferner »A conversation with Oliver Tambo of the ANC« in *Cape Times* (Kapstadt) vom 4. November 1985, S. 9.

Trotz aller Reformen blieben die Eckpfeiler des Systems. So hat keine der Reformen die Substanz weißafrikanischer politischer Macht angetastet. Die von keinem Drittstaat anerkannte staatliche »Unabhängigkeit« der Reservate Transkei, Bophutatswana, Venda und Ciskei (das ist »groot apartheid«) ist bestehen geblieben. Ein weiteres Reservat, das nordöstlich von Pretoria gelegene Kwandebele, soll demnächst gegen den erbitterten Widerstand seiner Bevölkerung gleichfalls »unabhängig« werden. Wenn es nach dem Willen Pretorias geht, so werden ihm die fünf weiteren Reservate und auch die großen städtischen Siedlungen (Soweto, New Brighton, Mamelodi etc.) folgen. Sie werden allesamt als unabhängige Staaten nicht lebensfähig sein. Nach den Planungen Pretorias werden sie gemeinsam mit der Republik Südafrika die Konföderation von Staaten des südlichen Afrikas bilden. Neu ist lediglich, daß jene Gebiete, die sich gegen die Selbständigkeit entscheiden, bei Südafrika verbleiben und ihre politischen Vertreter in einer noch auszuhandelnden Weise an der Arbeit auch der zentralen Exekutiv- und Legislativorgane in Pretoria/Kapstadt beteiligt werden sollen.

Seit Anfang 1985 ist Pretoria, bislang vergeblich, bemüht, zumindest einigermaßen repräsentative schwarze Politiker dafür zu gewinnen, mit der Regierung in einem noch zu schaffenden »National Statutory Council« ein System der politischen Machtteilung auszuhandeln. Die angesprochenen Führungspersönlichkeiten, darunter als mit großem Abstand gefolgschaftsstärkster Buthelezi, wissen nur zu gut, daß die Mitarbeit in diesem Rat sie endgültig in die Rolle von Marionetten drängen würde. Pretoria hat eben noch nie die Chance zu nutzen gewußt, die ihm die Existenz etwa Inkathas bot. Und aus den bisherigen Erfahrungen mit der Rolle der gemischtrassigen und der indienstämmigen Südafrikaner in dem seit 1984 bestehenden Drei-Kammer-Parlament ist auch moderaten Schwarzen bekannt, daß Pretoria nicht zu einer wirklichen Machtteilung, sondern nur zu einem System »gesunder Machtteilung« (»gesonde magsdeling«) oder, wie es der Kapstädter Historiker Hermann Giliomee treffend ausgedrückt hat, zu einem System des »power-sharing without losing control« bereit ist.

Erst recht, das sei hier nur beiläufig erwähnt, ist niemand in Pretoria – und nicht nur dort! – bereit, der übergroßen schwarzen Mehrheit (73 v. H. der Gesamtbevölkerung) die Macht zu übertragen. Eine Machtübernahme in dem Sinn, wie sie von ANC und PAC sowie ihren nicht wenigen Sympathisanten im Westen gefordert wird, ist nur als Folge einer militärischen Niederlage des Afrikanerdoms vorstellbar. Auch Völker begehen nicht ohne Not Selbstmord!

Eine weitere Frage ist, ob ein System wirklicher Machtteilung, sei es in der Form der Konkordanzdemokratie, sei es in der einer herkömmlichen bundesstaatlichen Ordnung, wie es unter anderem von der sehr klein gewordenen liberalen Progressive Federal Party (PFP) propagiert wird, in Südafrika überhaupt funktionieren kann. Denn es fehlt den dort lebenden weißen und schwarzen Afrikanern im Politischen, Sozialen und Kulturellen an einem gemeinsamen Nenner. Die weißen (und wohl auch das Gros der gemischtrassigen und indienstämmigen) Südafrikaner haben eine westlich-demokratische, also pluralistische Ordnung vor Augen, wenn sie – für sich selbst! – einem demokratischen Staatswesen das Wort reden. Das schwarze Südafrika aber wird sich, sieht man von den bereits erwähnten, vielleicht sehr deutlichen marxistischen Tendenzen im ANC einmal ab, politisch kaum anders organisieren als das übrige schwarze Afrika. Ob nun der ANC, Inkatha oder PAC das Land politisch führen werden, Südafrika/Azania wird ein autoritär geführter Einparteiensstaat werden. In Südafrika, das wird auch im Westen (vielleicht mit Ausnahme Großbritanniens) immer wieder übersehen, koexistieren zwei nicht kompatible politische Kulturen.

Wahrscheinlich ist die Gesellschaft Südafrikas noch tiefer gespalten als die Nordirlands oder die des indischen Subkontinents, Zyperns und Israels/Palästinas/Jordaniens vor der jeweiligen Zweiteilung. Eine oft unüberbrückbare Kluft ist in allen Bereichen des sozialen Lebens vorhanden. Dies gilt, was im Westen oft nicht zur Kenntnis genommen wird, gerade auch für das kirchliche Leben. Auch alle sogenannten integrierten Kirchen (Methodisten, Anglikaner, Presbyterianer,

Katholiken und andere) sind im Grunde entlang der Rassenschranke, die in erster Linie eine kulturelle Schranke ist, zweigeteilt! Schwarze und weiße Gemeinden existieren nebeneinander, es fehlt ihnen oft an jeder Kommunikation. Selbst in katholischen Priesterseminaren und Klöstern ist es in der Vergangenheit immer wieder zu unüberwindlichen Spannungen gekommen. Auch gibt es, um ein weiteres Beispiel anzuführen, praktisch keine Zusammenarbeit schwarzer und weißer Arbeiter in gewerkschaftlichen Gremien. Es gibt kaum private gesellschaftliche Kontakte zwischen Schwarz und Weiß. Immerhin sah sich die bedeutendste liberale Tageszeitung Südafrikas, die in Johannesburg erscheinende *Rand Daily Mail*, im letzten Jahrzehnt ihres Bestehens aus verlegerischen Gründen gezwungen, ihrer weißen und schwarzen Leserschaft getrennte Ausgaben anzubieten. Sie unterschieden sich nicht zuletzt in der politischen Berichterstattung stark voneinander. Was den Weißen Terrorismus ist, es ist den Schwarzen das oft verzweifelte Aufbegehren gegen eine in ihren Augen faschistische Ordnung! Es sollte sich von selbst verstehen, daß die Ereignisse der zurückliegenden drei Jahre die ohnehin große Polarisierung noch weiter vorangetrieben haben.

Die Autoren des liberalen Wahlmanifests für die Bundestagswahl von Oktober 1980 hatten vieles von dem Vorstehenden vor Augen, als sie die kluge These vertraten, eine von den südafrikanischen Konfliktparteien auszuhandelnde neue Ordnung müsse »das Selbstbestimmungsrecht der Mehrheit wie auch die (>machtpolitische<) Absicherung des Existenzrechts der Minderheiten als voneinander abhängige Elemente enthalten«. Aufbauend auf dieser Aussage, an deren Formulierung übrigens der bedeutende weißafrikanische Liberale Frederik Van Zyl Slabbert mitwirkte, stellte Otto Graf Lambsdorff später treffend fest: »... weiße Sicherheit ist eben der Schlüssel zu schwarzer Freiheit.«<sup>10</sup> Ähnlich argumentierte der Theologe Helmut Gollwitzer:

10 »Teilung Südafrikas als Ausweg« in *Quick* (München) vom 31. Juli 1986, S. 32; s. ferner Robert von Lucius »Lambsdorff kritisiert die Südafrika Politik der westlichen Länder/Teilung des Landes als letzter Ausweg...?« in *FAZ* vom 8. August 1986, S. 5.

»... die Befreiung der weißen Minderheit von ihrer Angst, das ist ein psychologisch zentrales Problem«<sup>11</sup>. Slabbert faßte das in einem Diskussionsbeitrag in der Theodor-Heuss-Akademie/Gummersbach in der Feststellung zusammen, es gelte die weißafrikanische Gemeinschaft davon zu überzeugen, »that there is life beyond apartheid«. Nichts anderes bewegt den rastlosen Alan Paton, Dichter und zugleich der große alte Mann des südafrikanischen Liberalismus, der eine Antwort »auf die schwierigste aller südafrikanischen Fragen« sucht: »What are white hopes and whar are black hopes, and can they be hoped together?«<sup>12</sup>.

Noch ist das weiße – und nicht minder das schwarze – Südafrika weit davon entfernt, unter Berücksichtigung des Vorstehenden, um dies mit den großartigen Worten von Egon Bahr<sup>13</sup> zu sagen, nach »einem bisher unbekanntem Modell des gleichberechtigten Zusammenlebens mit besonderem Schutz für Minderheiten für Südafrika« zu suchen.

Die weißen Wähler machten dies einmal mehr bei den jüngsten Parlamentswahlen im Mai 1987 deutlich: beide Wählergruppen, sowohl die englisch- als auch die afrikaanssprachige, wählten noch konservativer als bislang: etwa 17 v. H. stimmten für die PFP; gut 50 v. H. für die NP und bereits fast 30 v. H. für die Konserwatieve Party bzw. die Herstigte Nasionale Party. Bemerkenswert ist, daß 40 v. H. der für die NP abgegebenen Stimmen dem nach einer im Ausland weit verbreiteten Mär liberalen englischsprachigen Lager entstammen. Auch dieser Teil des weißen Südafrika ist inklusive der »kosmopolitischen« anglophonen Geschäftswelt durch und durch konservativ. Auch diese weißen Südafrikaner fürchten sich vor der Zukunft. Furcht, hier auch die Furcht vor der von vielen als in hohem Maße riskant empfundenen Reformpolitik der NP unter P. W. Botha, treibt die weißen Afrikaner nach rechts. Die Präsenz

von weit über 100 000 weißen »ex-Rhodesians« und Hunderttausenden von aus Angola und Mozambique stammenden »retornados« verstärkt diese Entwicklung.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, weshalb selbst die durchaus moderaten Vorschläge des von Buthelezi präsierten »Kwa-Natal Indaba« von Ende 1986 scheitern mußten. Auch in Natal entschieden sich die Wähler mehrheitlich für jene weißen Parteien, denen diese Überlegungen zu weit gehen. Und dabei zielen sie auf ein System institutionalisierter Machtteilung für Natal hin; dies auch im Hinblick darauf, daß hier vielleicht ein Modell für andere Regionen Südafrikas entstehen werde.

### Schlußbemerkungen zur Rolle westlicher Staaten

Insbesondere nach dem Scheitern der durchaus kenntnisreichen amerikanischen Politik des »konstruktiven Engagements« stellt sich die Frage, ob der Westen auf den Gang des Südafrika-Konflikts überhaupt noch Einfluß nehmen kann. Er ist zu gefährlich, als daß die nächstliegende Antwort eines dezierten Nein richtig sein könnte. Im Umgang mit Pretoria bedarf es in Zukunft ungleich größerer Härte (inkl. selektiver Sanktionen). Es bedarf jedoch auch, und dies gilt nicht zuletzt für die westdeutsche Politik, ungleich größerer Phantasie bei der Suche nach einer Lösung des politischen Konflikts, als dies bislang auszumachen war. Es muß wirklich die Frage gestellt werden, mit der Helmut Schmidt seinen damaligen Besucher, Vizepräsident Walter Mondale, überraschte, als dieser ihm gegenüber nach einem Streit mit Vorster im Mai 1977 äußerte, der Westen müsse alles Erdenkliche tun, um Pretoria zur Aufgabe von Apartheid zu bringen: »... and replace it by what?«. Dies ist keine obsoleete Frage, sondern die Schlüsselfrage des Konflikts schlechthin!

Der verstorbene Staatsminister Alois Merthes und der Parlamentarische Staatssekretär Volkmar Köhler haben, wie die Bundesregierung überhaupt, stets einem vermittelnden Dialog mit den Konfliktparteien das Wort ge-

11 »Jesus ist heute kein Weißer« in *Die Zeit* vom 1. Juni 1984, S. 56.

12 »Indaba without Fear« in *Optima* (Marshalltown/SA) 1987, März, S. 39 (5).

13 »Ohne Verhandlungslösung ist die Gefahr des dritten Weltkrieges ständig gegenwärtig« in *Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt* vom 10. Juli 1977, S. 8.

redet. Sie ergänzten dies jedoch um die zutreffende These, daß nur derjenige dem schwarzen Südafrika die Freiheit zu bringen vermöchte, der auch das Existenzrecht der dort lebenden weißafrikanischen Nation absichert . . . ; wer das nicht berücksichtige, der bewirke wenig mehr, als daß er Südafrika an einen Abgrund schrecklicher Gewalt führe<sup>14</sup>. Wie kann eine solche neue Ordnung aussehen? Vieles spricht dafür, daß Otto Graf Lambsdorff nach seinen zahlreichen Gesprächen mit Slabbert und anderen und in ganz detaillierter Kenntnis der Äußerungen von Bahr, Mertes und Köhler Recht hatte, wenn er äußerte: »... Nachdenkenswert erscheint

ein seit langem von südafrikanischen und deutschen Liberalen erörterter... Vorschlag: die Schaffung eines ›Afrikaner-Israel‹, eines wahrscheinlich im westlichen Kap gelegenen selbstständigen Staates, der den weißen (und braunen) Südafrikanern für den Fall als Fluchtburg (toevlugsoord) dienen wird, daß sie im übrigen mehrheitlich schwarz regierten Südafrika eine Zukunft für sich nicht mehr sehen. Wer dazu nicht bereit ist, der bewirkt, mit oder ohne Sanktionen, wohl nur eines: die Förderung eines in seinen Verlusten unvorstellbar brutalen südafrikanischen Bürgerkrieges, der an den Grenzen der Kap-Republik gewiß nicht haltmachen wird.«<sup>15</sup> ■

14 »Europe's Role in Africa in German Eyes« in *International Affairs Bulletin* (Braamfontein/SA) 3/1982, S. 35–45.

15 S. die erste in FN 10) angeführte Arbeit.

**Theodor-Heuss-Akademie der  
Friedrich-Naumann-Stiftung**  
Postfach 340 129  
5270 Gummersbach 31  
Telefon (0 22 61) 3 00 20

Tagung:

**Hoffnung in Afrika?**

Entwicklungspolitisch-kulturelles  
Wochenende

Termin: 2. 10.–4. 10. 1987